

ANLAGE 1 Teil 1_1DB

ERLÄUTERUNGSBERICHT

Planfeststellungsverfahren zur

110-kV/220-kV/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Leitungseinführung in die UA Merzen, Bl. 4132, 4583, 4584 Neubau der Bl. 4132 Pkt. Merzen – Westerkappeln (110-kV, 220-kV, 380-kV), der Bl. 4583 Hanekenfähr - Pkt. Merzen (110-kV, 380-kV), der Bl. 4584 Pkt. Merzen – Wehrendorf (110-kV, 220-kV, 380-kV) sowie der notwendigen Kabelverbindungen zur Leitungseinführung in die Umspann- und Schaltanlage Merzen

1. DECKBLATT

IM EINZELNEN:

1. LWL-Verbindung
2. Bl. 4584 Mast 1001 Mastverschiebung
3. Bl. 4584 Mast 1000 und 1001 Änderung der Zuwegung
4. Bl. 4132, Bl. 4583 und Bl. 4584 Änderung von Fundamenten
5. Änderung / Korrektur wasserrechtlicher Antrag
6. Änderung Waldumwandlung / Maßnahmenblatt 4.1E
7. Anpassung UVP/Maßnahmenblatt 1.2V
8. Änderung des Maßnahmenblattes 3.1 ACEF
9. Bl. 4583 und Bl. 4584 Änderung der Phasenlage

30.09.2022

Inhalt

1	Gegenstand und Anlass des geplanten Vorhabens.....	1
2	Beschreibung der Deckblattänderungen im Einzelnen	1
2.1	Räumliche Lage und Umfang der Verlegung eines zusätzlichen LwL-Kabels EK 9152	1
2.2	Räumliche Lage und Umfang der Mastverschiebung Bl. 4584 Mast 1001	3
2.2.1	Auswirkung dieser Änderung auf den Immissionsschutz	3
2.3	Räumliche Lage und Umfang Änderung der Zuwegung Bl. 4584 Mast 1000 und 1001	5
2.4	Räumliche Lage und Umfang Anpassung der Fundamente	5
2.5	Änderung im wasserrechtlichen Antrag Anl. 14.2 der Antragsunterlagen	6
2.6	Änderungen zum Umfang der erforderlichen Waldumwandlungsmaßnahmen	8
2.7	Änderung des Maßnahmenblattes 1.2V des LBP der Antragsunterlagen	9
2.8	Änderung des Maßnahmenblattes 3.1 A _{CEF} des LBP der Antragsunterlagen.....	10
2.9	Änderung der Phasenlage	10
2.9.1	Auswirkungen dieser Änderung auf den Immissionsschutz	10
3	Anlagenübersicht	11
4	Zuständigkeiten.....	12
4.1	Vorhabenträgerin	12
4.2	Planfeststellungsbehörde.....	12
5	Umweltfachliche Beurteilung.....	13
5.1	Beurteilung der Verlegung eines zusätzlichen LwL-Kabels	13
5.2	Beurteilung der Mastverschiebung Bl. 4584 Mast 1001	15
5.3	Beurteilung der Änderung der Zuwegung Bl. 4584 Mast 1000 und 1001	16
5.4	Beurteilung der Anpassung der Fundamente	16
5.5	Beurteilung der Änderung im wasserrechtlichen Antrag	16
5.6	Beurteilung der Änderungen zum Umfang der erforderlichen Waldumwandlungsmaßnahmen	17
5.7	Beurteilung der Änderung des Maßnahmenblattes 1.2V des LBP der Antragsunterlagen	17
5.8	Beurteilung Änderung des Maßnahmenblattes 3.1 ACEF des LBP der Antragsunterlagen	17
5.9	Beurteilung der Änderung der Phasenlage.....	18
6	Literaturverzeichnis.....	19

1 Gegenstand und Anlass des geplanten Vorhabens

Mit Schreiben vom 10.12.2020 hat die Amprion GmbH bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover für die

Leitungseinführung in die Umspann- und Schaltanlage Merzen Neubau der Bl. 4132 Pkt. Merzen – Westerkappeln (110-kV, 220-kV, 380-kV), der Bl. 4583 Hanekenfähr - Pkt. Merzen (110-kV, 380-kV), der Bl. 4584 Pkt. Merzen – Wehrendorf (110-kV, 220-kV, 380-kV) sowie der notwendigen Kabelverbindungen zur Leitungseinführung in die Umspann- und Schaltanlage Merzen

den Antrag auf Planfeststellung nach §43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) [1] eingereicht.

Die Planfeststellungsunterlagen wurden vom 12.03.2021 bis zum 12.04.2021 gem. §3 Abs. 2, Satz1 PlanSiG [2] auf den Internetseiten der NLStbV, sowie zusätzlich in den betroffenen Gemeinden öffentlich ausgelegt.

Mit den beigefügten Unterlagen legt die Amprion die erste Deckblattänderung vor.

2 Beschreibung der Deckblattänderungen im Einzelnen

2.1 Räumliche Lage und Umfang der Verlegung eines zusätzlichen LwL-Kabels EK 9152

Im Verlauf des Antragsverfahrens hat sich gezeigt, dass die zeitlichen Abfolgen der Errichtung der neuen Maste der Bl. 4583, sowie der Bl. 4132 und der damit einhergehenden Rückbaumaßnahmen eine vorzeitige, d.h. vor Fertigstellung der neuen Maste der Bl. 4132 (Maste 1004, 1003, 1002, 1001 und 1000), Datenanbindung der zu errichtenden UA Merzen erfordern. Die Baumaßnahmen zur Leitungseinführung in die UA Merzen sind stark von möglichen Freischaltzeiten der einzelnen Stromkreise abhängig.

Die Vorhabenträgerin ergänzt insofern ihren Antrag auf Planfeststellung um die Erdverlegung einer Lichtwellenleiterverbindung vom bestehenden Mast 300 der Bl. 4132 entlang der Straße „Kabus Kirchweg“ sowie „Im Hackemoor“ zum Flurstück 26. Von dort über das Flurstück 12/1 der Flur 1 Gemarkung Lintern entlang des Gemeindeweges zur Anlagenfläche der UA Merzen.

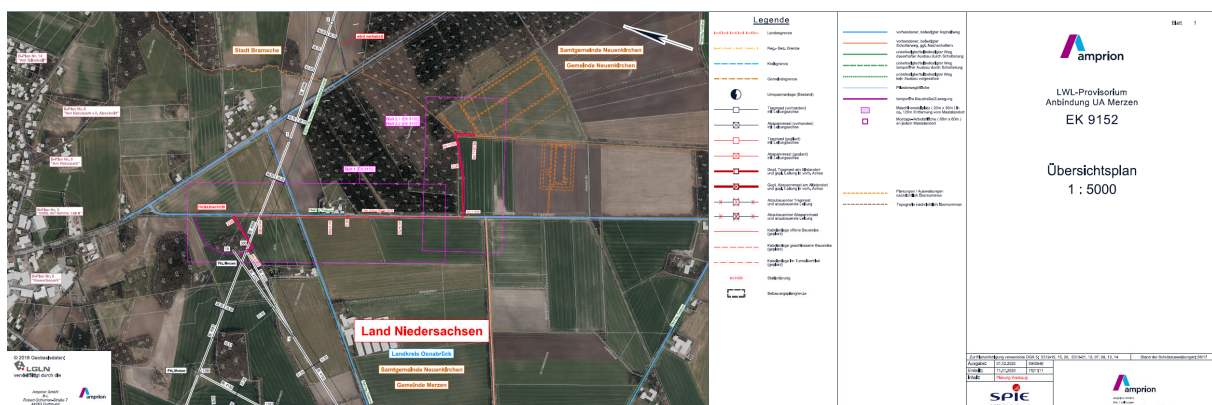


Abbildung 1 Übersicht Verlauf EK 9152

Das Kabel wird einem Schutzrohr DN50 (Außendurchmesser 5 cm) in 60 cm Tiefe überwiegend in der Straße „Im Hackemoor“ in offener Bauweise verlegt (Gesamtlänge ca. 1300 m). Beginnend vom Flurstück 14/2 der Flur 10 Gemarkung Südmerzen verläuft das Kabel unter einem Sandacker zur Straße „Im Hackemoor“ und wird dort unter der Bankette geführt. Im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen liegt die Grabensohle bei etwa 1,2 m, um Einschränkungen für die Flächenbewirtschaftung auszuschließen (unter der Bankette in ca. 60 cm Tiefe).

Im Bereich südlich von „Zum Hülshof“, Höhe „Im Hackemoor 1“ bis „Im Hackemoor 3“ wird das Kabel abweichend grabenlos in der Bankette verlegt. Dort wird das DN50 Schutzrohr zum Schutz der Wurzeln der dortigen Baumhecke der Wertstufe 5 mit einem grabenlosen Verfahren (z.B. HDD, oder ähnliches Spezialverfahren welches in der Ausführungsplanung festgelegt wird) auf ca. 150 m grabenlos verlegt. (Kabellänge somit: 1150 m offene Grabenbauweise zzgl. 150 m grabenlose Verlegung)

Im weiteren Verlauf erfolgt die Verlegung im offenen Graben, um dann auf das Flurstück 26 der Flur 10 in der Gemarkung Südmerzen zu verschwenken. Hier verläuft das Kabel unter der geplanten Zuwegung der UA Merzen

Die Erdverlegung an sich ist erforderlich, weil zeitweise der Betrieb der UA Merzen über diese Datenanbindung gesteuert wird und die Sicherheitsanforderungen der Sekundärtechnik der Amprion eine anderweitige temporäre Verlegung (z.B. als eine Art Baueinsatzkabel) nicht erlauben.

Im Bereich der Straße „Im Hackemoor“ sind andere dort verlaufende Leitungen abgefragt und in den Lageplänen aufgeführt worden. Eine Beeinflussung, oder Störung ist nicht zu erwarten. Zusätzliche Baueinrichtungsflächen sind nicht erforderlich, weil der Graben mit einem Kleinbagger Zug um Zug errichtet wird (Ausheben, Kabel einlegen, Verfüllen). Die Bauzeit wird 4 Wochen nicht überschreiten.

Durch die Deckblattänderung zu ändernde Antragsunterlagen:

Tabelle 1 Zu ändernde Antragsunterlagen durch LwL Kabel 9152

Unterlage	Anlagenbezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Übersichtsplan	Anlage 2_Blatt 1 Ü-Plan 25000	Blatt 1	Ergänzung
Blattschnittübersicht	Anlage 7A		Ergänzung
Lageplan	Anlagen 7.3.2 Blatt 1.2, 7.7.1 Blatt 1, 7.7.1 Blatt 2.1, 7.7.2 Blatt 2.2		Ergänzung
Grabenprofil	7.6.1 Grabenprofil 7.6.2 Grabenprofil_lw- Fläche		Ergänzung
Nachweisung	Anlagen 8.7.2.1 und 8.7.2		Ergänzung
Kreuzungsverzeichnis	Anlage 9.6		Ergänzung

2.2 Räumliche Lage und Umfang der Mastverschiebung Bl. 4584 Mast 1001

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat sich ergeben, dass der Mast 1001 der Bl. 4584 nicht in der Anbauverbotszone der Bundesstraße 218 geplant werden darf. Die Vorhabenträgerin reicht insofern mit dieser Deckblattänderung die Verschiebung des Mastes 1001 der Bl. 4584 um 2,5 m nach Südwesten ein.

Der Mast steht somit in der Anbaubaubeschränkungszone, hierfür beantragen wir die Zustimmung gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. FStrG [3] der Planfeststellungsbehörde.

Der nächstgelegene Eckstiehl des Mastes liegt somit in 21,54 m Entfernung zum Straßenrand. Die kürzeste Entfernung der Masttraverse liegt bei 29,31 m zum Lotpunkt über dem Straßenrand. (siehe Sonderlageplan Anl. 7 Sonderlageplan 4584 Mast 1001)

Die geringfügige Erhöhung des Mastes 1000 führt zu keiner Änderung des bereits beantragten Schutzstreifens im Spannfeld M 1000 zu M 1001.

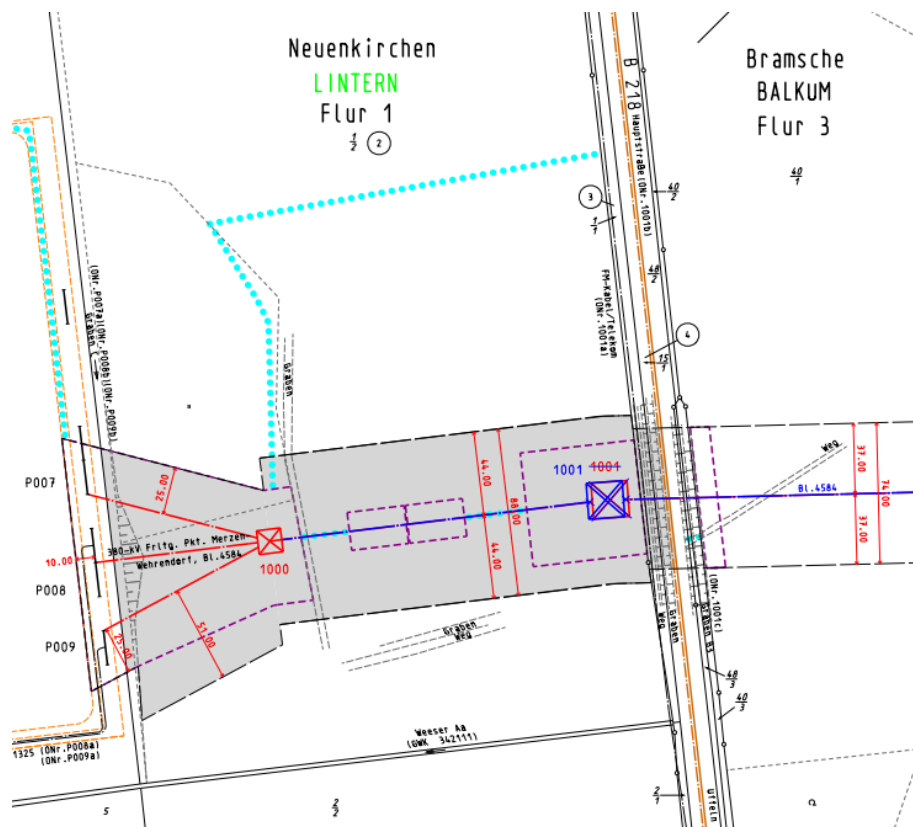


Abbildung 2 Ausschnitt aus Lageplan Anlage 7.3.2

2.2.1 Auswirkung dieser Änderung auf den Immissionsschutz

Diese Änderung hat keine Auswirkungen auf den Immissionsschutz. Schon in der Ursprungsplanung gab es im Umfeld keine maßgeblichen Immissionsorte, die nach 26. BImSchV zu überprüfen wären. Auch die im Rahmen der vorsorgenden Betrachtung gefundenen maßgeblichen Minimierungsorte liegen weit vom Mast 1001 entfernt. Das nächste Wohnhaus liegt ca. 850 m Luftlinie vom Mast 1001 entfernt.

Tabelle 2 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Mastverschiebung 4584/M1001

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Übersichtsplan	Anlage 2		Änderung
Fundamenttabelle	Anlage 6.1		Änderung
Masttabelle	Anlage 4.3		Änderung
Blattschnittübersicht	Anlage 7		Änderung
Lageplan	Anlage 7.3.2		Änderung
Kreuzungsverzeichnis	Anlage 9.3		Änderung

2.3 Räumliche Lage und Umfang Änderung der Zuwegung Bl. 4584 Mast 1000 und 1001

Bei der Abstimmung der Baumaßnahmen vor Ort für die Schalt- und Umspannanlage Merzen und die Leitungseinführung in dieselbe hat sich gezeigt, dass eine zusätzliche Zuwegung zur Zuwegung über das Baufeld der UA Merzen erforderlich ist. Die zeitlichen Bauabläufe der beiden getrennten Bauvorhaben UA Merzen und Leitungseinführung UA Merzen machen dies erforderlich. Die Vorhabenträgerin beantragt daher zusätzlich zur Zuwegung zum Portal der UA Merzen die Zuwegung zu den Masten 1000 und 1001 der Bl. 4584 von der Bundesstraße 218 kommend über den bestehenden Wirtschaftsweg des Flurstücks 1 / 2 der Flur 1 in der Gemarkung Lintern von Nordwesten aus.

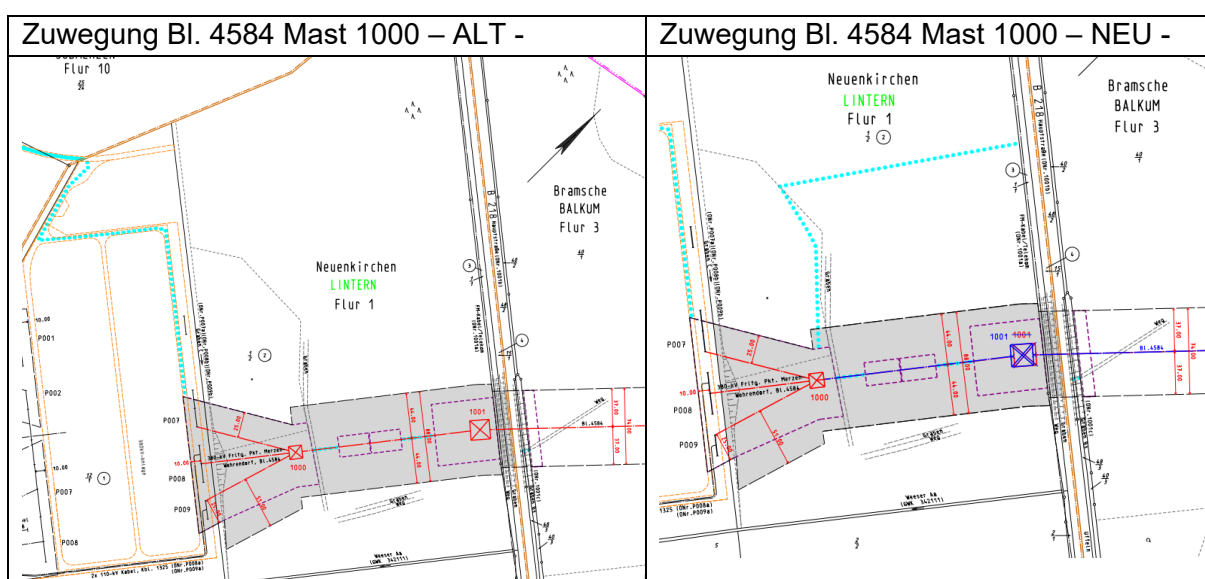


Abbildung 3 Anpassung der Zuwegung Mast 4584/1000

Tabelle 3 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderung Zuwegung 4584/M1000

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Lageplan (mit und ohne Eigentümerangaben)	Anlage 7.3.2		Änderung
Nachweisung (mit und ohne Eigentümerangaben)	Anlage 8.3.2		Änderung

2.4 Räumliche Lage und Umfang Anpassung der Fundamente

Weitere Baugrunduntersuchungen, sowie Abstimmungen mit der Westnetz erfordern teilweise Änderungen der ursprünglichen Angaben zu den Fundamenten.

Bl. 4132

Die Dimensionierung der Fundamente der Maste 1000, 1002, 1003 und 1004 ändert sich aufgrund neuer statischer Berechnungen:

Die Gründungstiefe des Zwillingsbohrpfahlfundaments des Mastes 1000 der Bl. 4132 wird von 20 m auf 30 m vergrößert.

Das Fundament des Mastes 1001 wird zu einem Plattenfundament geändert. Dadurch reduziert sich die Gründungstiefe auf 3 m.

Die Gründungstiefe des Mastes 1002 der Bl. 4132 vergrößert sich auf 32 m.

Die Gründungstiefe des Mastes 1003 vergrößert sich auf 26 m und die des Mastes 1004 auf 27 m.

Bl. 4583

Die Dimensionierung der Mast 2299, 301, 303 und 305 ändert sich in Teilen.

Die Gründungstiefe des Mastes 2299 der Bl. 4583 vergrößert sich auf 24 m. Beim Mast 301 der Bl. 4583 vergrößert sich leicht der Abstand der Außenkante der sichtbaren Fundamentköpfe auf 13,3 m, der Abstand zur Außenkante der Fundamentplatte verringert sich auf 17,8 m. Die Gründungstiefe des Mastes 303 vergrößert sich auf 24 m. Die Dimensionierung des Fundamentes des Mastes 305 der Bl. 4583 wurde verändert, die Gründungstiefe z.B. vergrößert sich leicht auf 22 m.

Ebenso die Dimensionierung des Fundamentes des Mastes 1300. Die Gründungstiefe vergrößert sich hier auf 24 m. Hier ändert sich darüber hinaus die Bauart von Einfachbohrpfahl- zu Zwillingsbohrpfahlfundament.

Bl. 4584

Die Gründungstiefe des Zwillingsbohrpfahlfundaments der Mastes 1000 der Bl. 4584 wird von 20 m auf 26 m vergrößert.

Für den Mast 1001 der Bl. 4584 vergrößert sich die Gründungstiefe auf 31 m.

Für den Mast 1002 der Bl. 4584 vergrößert sich die Gründungstiefe auf 29 m.

Für den Mast 1003 der Bl. 4584 wird nun ebenfalls ein Zwillingsbohrpfahlfundament geplant.

Die Gründungstiefe vergrößert sich von 3 m (des ehem. Plattenfundamentes) auf 26 m.

Tabelle 4 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Fundamentanpassungen

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Fundamenttabellen	Anlage 6.1 Anlage 6.2 Anlage 6.3		Änderung

2.5 Änderung im wasserrechtlichen Antrag Anl. 14.2 der Antragsunterlagen

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat sich ergeben, dass in der Anlage 14 der Antragsunterlagen (Wasserrechtlicher Antrag) in der Tabelle 5 Hydrogeologie an den Maststandorten der Bl. 4132, 4583 und 4584 (Rückbau) auf der Seite 17 ein Fehler enthalten war. Für den Mast 300 der Bl. 4583 war der Grundwasserstand mit 2,80 m angegeben. Der Wert ist nicht korrekt. Der Grundwasserstand ist bei 0,9 m.

Bl.-Nr./ Mast Nr.	benachbarter Neubaumast- standort	ermittelter Wasser- stand [m u. GOK]	Wasser- stand* [m u. GOK]	Baugrube/ Fundament -rückbautiefe [m u. GOK]	Hydrogeologische Einstufung
4132 M 1102	4583 M 1300	1,00	-	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4132 M 1A	-	-	0,90	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4132 M 001	-	-	0,20	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4132 M 002	-	-	1,40	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4132 M 003	-	-	0,00	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4132 M 004	-	-	0,50	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4583 M 1299	4583 M 2299	2,80	-	1,40	Wasserandrang nicht anzunehmen
4583 M 300	-	-	2,80 0,90	1,40	Wasserandrang nicht anzunehmen
4584 M 001	-	-	2,80	1,40	Wasserandrang nicht anzunehmen
4584 M 002	4583 M 301	0,60	-	1,40	Wasserandrang anzunehmen
4584 M 003	-	-	2,30	1,40	Wasserandrang nicht anzunehmen

* die dargestellten Daten wurden vom NIBIS Kartenserver (<https://nibis.lbeg.de/>) des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen am jeweiligen Standort abgeleitet.

Abbildung 4 Tabelle 5 der Anlage 14.2 Hydrogeologie an den Maststandorten der Bl. 4132, 4583 u. 4584 (Rückbau)

Die ursprüngliche Annahme, dass an diesem Mast kein Wasserandrang anzunehmen ist, war falsch und es muss nun hier ein Wasserandrang angenommen werden.

Daraus resultiert eine Änderung des Planes Anlage 2.2 Blatt 1 zum Wasserrechtlichen Antrag. Die prognostizierte Auswirkreichweite im Zuge der nun auch am Mast 300 erforderliche bauseitige Grundwasserhaltung wurde ergänzt. Es ist keine weitere Einleitstelle erforderlich. Die Einleitstelle, für die Rückbaumaßnahmen für die Maste M1A und M1 der Bl. 4132 (Graben E) wird mitgenutzt.

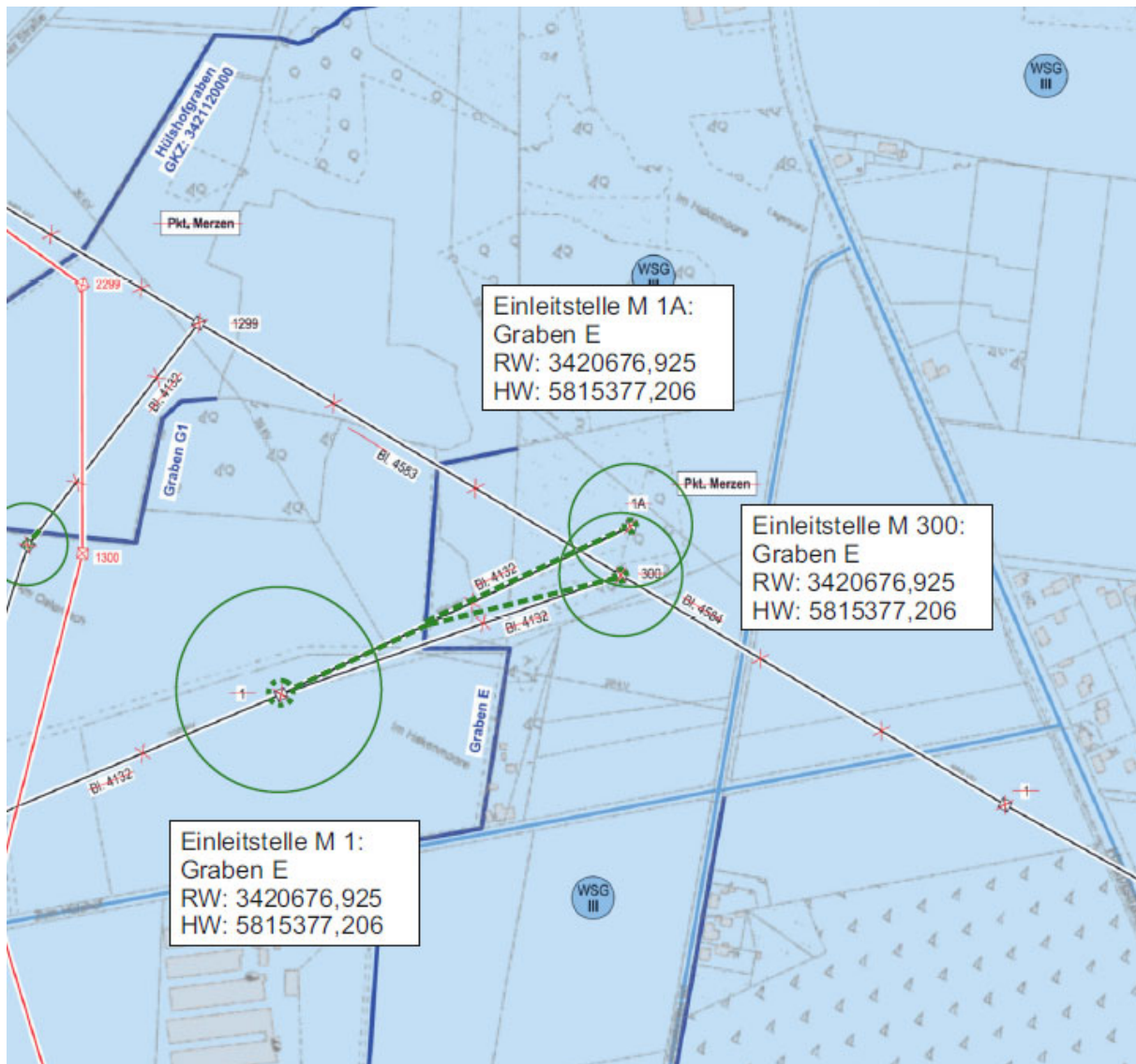


Abbildung 5 Auszug Deckblattänderung 1 Anlage 14.2 Plan 2.2 Blatt 1

Tabelle 5 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderungen/Korrekturen im wasserrechtlichen Antrag Anl. 14.2

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Wasserrechtlicher Antrag	Anlage 14.2	Tabelle 5	Änderung
Anlage 2.2 zum Wasserrechtlichen Antrag	Anlage 2.2	Blatt 1	Änderung

2.6 Änderungen zum Umfang der erforderlichen Waldumwandlungsmaßnahmen

Für den forstrechtlichen Ausgleich der in Anspruch genommenen Waldfläche ist eine Änderung der Antragsunterlagen erforderlich.

Die Vorhabenträgerin vertritt die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung von Wald durch eine Wuchshöhenbeschränkung im Schutzstreifen der Freileitung und die daraus resultierende Einschränkung der „Nutzfunktion“ keine Waldumwandlung im Sinne des Gesetzes darstellt.

Diese Auffassung der Vorhabenträgerin widerspricht jedoch der Auffassung des Landes Niedersachsen.

Die Auffassung des Landes Niedersachsen wird daher ohne Anerkennung einer Rechtspflicht diesem Verfahren zugrunde gelegt.

In diesem Zuge wird eine angepasste Waldfunktionskartierung eingebracht. (Anl. 1 Teil 2)

Der Ersatzaufforstungsbedarf ändert sich damit von 0,08 ha zu 3,009 ha. Die damit erforderliche Ersatzaufforstung im Umfang von 3,009 ha erfolgt auf dem Flurstück 26, Flur 10 der Gemarkung Südmerzen und auf dem Flurstück 12/1, Flur 1 der Gemarkung Lintern. Beide Flurstücke sind im Besitz der Vorhabenträgerin und werden zurzeit landwirtschaftlich genutzt. Auf dem größeren Teil des Flurstücks 12/1, der Flur 1 in der Gemarkung Lintern plant die Vorhabenträgerin die Errichtung einer Schalt- und Umspannanlage (siehe Maßnahmenblatt 4.1E).

Tabelle 6 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderungen des Umfanges der Ersatzaufforstungen

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Nachweisung Kompensation	Anlage 8.2.3	Seite 1	Änderung
UVS und LBP	Anlage 12.1.1	S. 178, 179 Kap 9.4.3	Änderung
UVS und LBP Maßnahmenblätter Blatt 1.4E	Anlage 12.1.1	1.4E	Änderung
UVS und LBP Maßnahmenplan	Anlage 12.1.1	Anl. 12.1.1 Karte 7	Änderung
Maßnahmenplan Ersatzaufforstung	Anlage 12.1.1.2	Maßnahmenplan Ersatzaufforstung	Ergänzung

2.7 Änderung des Maßnahmenblattes 1.2V des LBP der Antragsunterlagen

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung sind bei privaten Grundstückseigentümern Verunsicherungen entstanden, wie auf verdichtungsempfindlichen Böden konkret Schutzmaßnahmen vor Verdichtung, bzw. etwaige im Anschluss notwendige Tiefenlockerungen vorgesehen werden.

Zur Klarstellung wurden das Maßnahmenblatt der Maßnahme 1.2V angepasst.

Tabelle 7 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderungen Maßnahmenblatt 1.2V

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
UVS und LBP Maßnahmenblätter Blatt 1.2V	Anlage 12.1.1	1.2V	Änderung

2.8 Änderung des Maßnahmenblattes 3.1 A_{CEF} des LBP der Antragsunterlagen

Die Gesamtmaßnahmenfläche wurde nach Süden und Westen etwas erweitert. Die östlich liegende Maßnahmenfläche für Maßnahme 3.1 A_{CEF} hat sich dadurch geringfügig von 4,24 ha auf 4,25 ha vergrößert.

Tabelle 8 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderungen Maßnahmenblatt 3.1 A_{CEF}

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
UVS und LBP Maßnahmenblätter Blatt 3.1 A _{CEF}	Anlage 12.1.1	3.1 A _{CEF}	Änderung
UVS und LBP Maßnahmenplan	Anlage 12.1.1	Anl. 12.1.1 Karte 7	Änderung

2.9 Änderung der Phasenlage

Im Rahmen der Ausführungsplanung hat sich gezeigt, dass die elektrischen Phasenlagen der zuführenden Leitungen Bl. 4583 und Bl. 4584 vor der UA Merzen verändert werden müssen. Hierzu ist ein sogenannter Verdrillermasttyp erforderlich, der den Tausch der Phasenlagen vor der Anlage ermöglicht. Dieser Masttyp wird im Rahmen dieser Deckblattänderung beantragt. Betroffen von dieser Änderung sind die Maste der Bl. 4583 (Mast 305) und Bl. 4584 (Mast 1000), die direkt vor der Umspann- und Schaltanlage stehen sollen und nun entsprechend als Verdrillermaste geplant werden.

Die Änderung des Mastdesigns zum Zwecke der Phasenlageänderung erhöht die Maste geringfügig (Mast 305 +3 m, Mast 1000 + 6 m über EOK), dies hat keine Auswirkungen auf die betroffenen Schutzstreifen.

2.9.1 Auswirkungen dieser Änderung auf den Immissionsschutz

Durch die Änderung ergeben sich keine Änderungen der Immissionsschutzbewertung der Urplanung. Es gibt keine maßgeblichen Immissionsorte in der Nähe.

Tabelle 9 Zu ändernde Antragsunterlagen durch Änderungen der Phasenlage

Unterlage	Anlagen- bezeichnung	Seite / Plan	Änderung/Ergänzung
Mastschemaskizze	Anlage 3	Blatt 8 und Blatt 15	Änderung
Masttabelle Bl. 4583	Anlage 4.2	Seite 1 und 2	Änderung
Masttabelle Bl. 4584	Anlage 4.3	Seite 1 und 2	Änderung
Masttabelle Bl. 4583 (Westnetz)	Anlage 4.5	Seite 1	Änderung

3 Anlagenübersicht

Alle Erläuterungen zu den Maßnahmen sind in den folgenden Anlagen dargestellt:

Anlage 1	Erläuterungsbericht zum 1. Deckblatt
Anlage 1.1	Waldfunktionskartierung_1DB
Anlage 2	Übersichtsplan im Maßstab 1: 25.000_1DB
Anlage 3	Mastschemaskizzen_1DB
Anlage 4	Masttabellen Anlage 4_2_4583_Masttabelle_1DB Anlage 4_3_4584_Masttabelle_1DB Anlage 4_5_4583_Masttabelle_1DB
Anlage 6	Fundamenttabellen Anlage 6.1_4132_Fundamenttabelle_1DB Anlage 6.2_44583_Fundamenttabelle_1DB Anlage 6.3_4134_Fundamenttabelle_1DB
Anlage 7	Lagepläne Anlage 7.3.2 4584_LmE_1DB Anlage 7.7.1 9152_LmE_1DB Anlage 7.7.2 9152_LmE_1DB Anlage 7.3.2 4584_LoE_1DB Anlage 7.7.1 9152_LoE_1DB Anlage 7.7.2 9152_LoE_1DB Anlage 7.6 Grabenprofile 7.6.1 Grabenprofil_1DB 7.6.2 Grabenprofil_lw-Fläche_1DB
Anlage 7A	Blatt1 Blattschnitte 25000_1DB
Anlage 8	Nachweisung Anlage 8.3.2_NmE_1DB Anlage 8.7.1_NmE_1DB Anlage 8.7.2_NmE_1DB Anlage 8.3.2_NoE_1DB Anlage 8.7.1_NoE_1DB Anlage 8.7.2_NoE_1DB
Anlage 9	Kreuzungsverzeichnis Anlage 9.3_Kreuzungsverzeichnis_Bl. 4584_KmE_1DB Anlage 9.6_Kreuzungsverzeichnis_EK9152_KmE_1DB

- Anlage 9.3_Kreuzungsverzeichnis_Bl. 4584_KoE_1DB
- Anlage 9.6_Kreuzungsverzeichnis_EK9152_KoE_1DB
- Anlage 12 Umweltstudie
 - Anlage 12.1.1 UVS und LBP Erläuterungsbericht Seite 178
 - Anlage 12.1.1 UVS und LBP Maßnahmenblätter
- Anlage 14
 - Anlage 14.2 Wasserrechtlicher Antrag_1DB

4 Zuständigkeiten

4.1 Vorhabenträgerin

Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Die Amprion GmbH ist als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber („Independent Transmission Operator“) ausgestaltet und führt alle betriebsnotwendigen Aufgaben mit eigenem Personal aus.

4.2 Planfeststellungsbehörde

Das Vorhaben berührt die örtliche Zuständigkeit der

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Dezernat 41 - Planfeststellung
Göttinger Chaussee 76 A
30453 Hannover

Die Vorhabenträgerin beantragt die Änderung der ausgelegten Pläne gemäß § 73 Abs. 8 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) [4]

Für die vorliegende Deckblattänderung hat die Amprion GmbH Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten beauftragt die Änderungen der 1. Deckblattänderung umweltfachlichen zu bewerten. Die Bewertung befindet sich in diesem Dokument als Kapitel 5.ff

Nach Auffassung des Gutachters sind mit den unter Kap 2 beschriebenen Deckblattänderungen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen verbunden und damit keine Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfung, bzw. der im landespflegerischen Begleitplan erarbeiteten Maßnahmen erforderlich

Die hier auch dargestellten Änderungen der Maßnahmen zur Vermeidungsmaßnahme 1.2V (Klarstellung aus Anlass der Offenlage) und 3.1 ACEF (Änderung des Zuschnitts der genutzten Fläche) gehen nicht auf die in dieser Deckblattänderung beantragten Maßnahmen zurück. Darüber hinaus wird die erforderliche Fläche und Örtlichkeit der Ersatzaufforstung geändert (Maßnahme 4.1E)

Eine mögliche Betroffenheit weiterer öffentlicher Belange durch die Maßnahmen wird – vorbehaltlich näherer Prüfung durch die NLStbV – von der Vorhabenträgerin nicht gesehen.

Die Amprion GmbH stuft die gegenständlichen Maßnahmen als unwesentliche Planänderungen ein, da u.a. die Identität des Vorhabens gewahrt wird und das Konzept, das dem Vorhaben zugrunde liegt, erhalten bleibt.

5 Umweltfachliche Beurteilung

5.1 Beurteilung der Verlegung eines zusätzlichen LWL-Kabels

Wie in Kap. 2.1 dargelegt, ergibt sich die Notwendigkeit der Verlegung einer Lichtwellenleiterverbindung vom bestehenden Mast 300 der Bl. 4132 entlang der Straße „Kabus Kirchweg“ sowie „Im Hackemoor“ zum Flurstück 26. Von dort über das Flurstück 12/1 der Flur 1 Gemarkung Lintern entlang des Gemeindeweges zur Anlagenfläche der UA Merzen. Von Norden aus kommend führt das Kabel von Mast 300 (Bl. 4583) auf einer Länge von ca. 150 m über einen Sandacker (AS) (Wertstufe I) zur Straße „Im Hackemoor“. Im Bereich des Sandackers liegt die Grabensohle bei etwa 1,2 m unter Geländeoberkante, um Einschränkungen für die Flächenbewirtschaftung auszuschließen. In diesen Bereichen sind Ober- und Unterboden während der Baumaßnahme getrennt zu lagern und abschließend schichtgetreu wieder einzubringen (vgl. Maßnahme 1.2 V). Da der Kabelgraben i. d. R. nach wenigen Tagen wieder rückverfüllt wird, sind gesonderte Maßnahmen zum Schutz der Bodenmiete(n) nicht notwendig.

Der Biotoptyp direkt am Maststandort stellt Erlenwald entwässerter Standorte (WU) (Wertstufe III) dar. Da das LWL-Kabel innerhalb des Biotoptyps auf bereits gekennzeichneten Baustelleneinrichtungsflächen verlegt wird, ist nicht von einem zusätzlichen Eingriff auszugehen.

Richtung Süden wird das LWL-Kabel entlang der Straße „Im Hackemoor“ in der Bankette größtenteils in offener Bauweise verlegt. Im Bereich der offenen Bauweise liegt der Biotoptyp Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM) (Wertstufe III) vor (s. Abbildung 6).



Abbildung 6 Bankette der Straße „Im Hackemoor“ Höhe 0+900 (Blickrichtung Nordwest)

Da in Bereich der Bankette das ursprünglich gewachsene Bodenprofil ohnehin nicht mehr vorhanden ist, kann von gesonderten Schutzmaßnahmen (bspw. getrennte Zwischenlagerung von Ober- und Unterboden) abgesehen werden.

Auf der Höhe km 0+500, Höhe „Im Hackemoor 1“ (s. Anlage 7.7.1) wird die bestehende Baumhecke (HFB) (Wertstufe IV) mittels eines grabenlosen Verfahrens (z. B. HDD, oder ähnliches Spezialverfahren) auf einer Länge von ca. 150 m gequert, um nicht in den Wurzelbereich einzugreifen (s. Abbildung 7)



Abbildung 7 Baumhecke Höhe „Im Hackemoor 1“ Höhe 0+500 (Blickrichtung Nordwest)

Aufgrund der geschlossenen Querung werden Beeinträchtigungen der Baumhecke vermieden. Von der Straße „Im Hackemoor“ bis zur Anlagenfläche der UA Merzen verläuft das Kabel über die geplante Zuwegung bzw. bereits gekennzeichnete Zuwegung zur UA Merzen. Durch die Verlegung des LWL-Kabels in der geplanten Zuwegung werden keine zusätzlichen Eingriffe in den Bodenhaushalt hervorgerufen.

Da die Baumhecke als wertvoller Biototyp geschlossen gequert wird, entstehen durch die Verlegung des LWL-Kabels über Berücksichtigung der Maßnahme 1.2 V keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG. Ein gesondertes Kompensationserfordernis ergibt sich nicht.

5.2 Beurteilung der Mastverschiebung Bl. 4584 Mast 1001

Wie in Kap. 2.2 dargelegt, ist die Verschiebung des Mastes 1001 der Bl. 4584 um 2,5 m nach Südwesten erforderlich. Aufgrund der sehr kleinräumigen Verschiebung ergeben sich keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.3 Beurteilung der Änderung der Zuwegung Bl. 4584 Mast 1000 und 1001

Wie in Kap. 2.3 dargelegt, ist eine zusätzliche Zuwegung zu den Masten 1000 und 1001 der Bl. 4584 erforderlich. Die Arbeitsbereiche der Maste werden von der Bundesstraße 218 kommend über das Flurstück 1 / 2 der Flur 1 in der Gemarkung Lintern von Nordwesten erschlossen. Die temporäre Zuwegung zu den Maststandorten wird über einen bestehenden land- bzw. forstwirtschaftlichen Weg realisiert.

Ggf. erforderliche Ertüchtigungen bestehender Wege durch zusätzliche Befestigungen bleiben lokal begrenzt. Lokal kann der Rückschnitt von wegebegleitenden Gehölzstrukturen erforderlich werden, um die Nutzung durch Baufahrzeuge zu ermöglichen. Für wertvolle Gehölzstrukturen wie z. B. (potenzielle) Habitatbäume von Fledermäusen sind Schutzmaßnahmen im Rahmen der Maßnahmenblätter vorgesehen. Es handelt sich um Einzelbaumschutz (Maßnahme 1.4 V), Bautabuflächen und Schutzzäune (Maßnahme 2.2 V_{ART}), sowie Kontrolle potenzieller Fledermausquartiere vor Baubeginn (Maßnahme 2.5 V_{ART}). Durch die temporäre Nutzung eines bestehenden Weges entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.4 Beurteilung der Anpassung der Fundamente

Wie in Kap. 2.4 dargelegt, sind durch weitere Baugrunduntersuchungen sowie Abstimmungen mit der Westnetz bei einigen Masten Änderungen der ursprünglichen Angaben zu den Fundamenten erforderlich.

Insgesamt sind bei 14 Masten der Bl. 4130, der Bl. 4583 und 4584 Anpassungen der Fundamente erforderlich. Es finden fast ausschließlich Anpassungen des Abstands der Außenkanten der Fundamentplatte, des Abstands der Außenkanten der sichtbaren Fundamentköpfe sowie der Gründungstiefe des Fundamentes statt. Der Durchmesser der sichtbaren Fundamentköpfe bleibt bei allen Masten, ausgenommen des Mastes 1001 der Bl. 4132, gleich. Hier verringert sich der Durchmesser von 2,1 m auf 1,5 m. Demnach verringert sich eher der Kompensationsflächenbedarf hinsichtlich der Vollversiegelung für das Schutzgut Boden. Insofern bedarf es keiner Anpassung der Eingriffsbilanz. Die Änderung der Gründungstiefen der Maste führt zu keinen anderweitigen Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Wasser. Auch etwaige Änderungen des Bauablaufs führen zu keinen anderweitigen Beeinträchtigungen, da sich die Maße und Abgrenzung der Baustelleneinrichtungsflächen nicht ändert. Alle in dem Maßnahmenkonzept vorgesehen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen bleiben unabhängig davon bestehen.

Durch die Anpassungen der Fundamente entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.5 Beurteilung der Änderung im wasserrechtlichen Antrag

Wie in Kap. 2.5 dargelegt, war in der Anlage 14 der Antragsunterlagen (Wasserrechtlicher Antrag) ein Fehler enthalten. Für den Mast 300 der Bl. 4583 war der Grundwasserstand mit 2,80 m angegeben. Der Wert ist nicht korrekt. Der Grundwasserstand ist bei 0,9 m. Beim Mast 300 der Bl. 4583 ist somit ein Wasserandrang anzunehmen.

Die prognostizierte Auswirkreichweite im Zuge der nun auch am Mast 300 erforderliche bauseitige Grundwasserhaltung wurde ergänzt. Es ist keine weitere Einleitstelle erforderlich.

Wie bei den anderen Masten, bei welchen Maßnahmen der Grundwasserhaltung erforderlich werden, sind auf wenige Wochen während der Bauzeit der Fundamente beschränkt. Die damit verbundenen Grundwasserstandsänderungen sind zeitlich und räumlich stark eingengt und bewegen sich im Wesentlichen im Rahmen natürlicher Schwankungsamplituden.

Ebenfalls befinden sich keine gegenüber kurzfristigen Wasserstandsänderungen empfindlichen Biotope im unmittelbaren Nahbereich des Maststandorts 300.

Um Einträge von Schwebstoffen in Gewässer zu vermeiden, werden – wie bereits in den Antragsunterlagen vorgesehen – bei Wasserhaltungsmaßnahmen Absetzbecken vor Einleitung des Wassers in den Vorfluter vorgeschaltet.

Durch die Änderung im wasserrechtlichen Antrag entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.6 Beurteilung der Änderungen zum Umfang der erforderlichen Waldumwandlungsmaßnahmen

Wie in Kap. 2.6 dargelegt, ist für den forstrechtlichen Ausgleich der in Anspruch genommenen Waldfläche eine Änderung der Antragsunterlagen erforderlich. Es wird eine angepasste Waldfunktionskartierung eingebracht und der Ersatzaufforstungsbedarf ändert sich damit von 0,08 ha zu 3,009 ha.

Die erforderliche Erstaufforstung erfolgt im Landkreis Osnabrück, Gemeinde Merzen, Gemarkung Südmerzen, Flur 10, Flurstück 26 sowie Landkreis Osnabrück, Gemeinde Neuenkirchen, Gemarkung Lindern, Flur 1, Flurstück 12/1 auf einer Fläche von 3,009 ha (s. Anlage 12.1.1.2, Maßnahmenplan Erstaufforstung). Sie deckt somit den Erstaufforstungsbedarf vollumfänglich ab. Gemäß der Erstaufforstungsgenehmigung ist auf der Maßnahmenfläche der Waldentwicklungstyp (WET) 71 – Kiefer-Eiche vorgesehen (s. Anlage 12.1.1 Maßnahme 4.1 E). Da der Ausgangszustand Acker darstellt, geht mit der Maßnahme kein Verlust wertvoller Offenland-Biotoptypen einher. Ebenso sind durch die Lage der Maßnahme unmittelbar angrenzend an eine bestehende Gehölzparzelle landschaftsbildbeeinträchtigende Auswirkungen oder Lebensraumverluste von Offenlandarten auszuschließen.

Durch die Änderung entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.7 Beurteilung der Änderung des Maßnahmenblattes 1.2V des LBP der Antragsunterlagen

Wie in Kap. 2.7 dargelegt, konkretisiert die Änderung des Maßnahmenblattes die Schutzmaßnahmen zur Vermeidung von baubedingten Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen. Durch die Änderung entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.8 Beurteilung Änderung des Maßnahmenblattes 3.1 ACEF des LBP der Antragsunterlagen

Wie in Kap. 2.8 dargelegt, wird durch die Änderung des Maßnahmenblattes die vorgesehene Maßnahmenfläche etwas erweitert bzw. angepasst und vereinheitlicht. Die Grundkonzeption wird nicht verändert. Durch die Änderung entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

5.9 Beurteilung der Änderung der Phasenlage

Wie in Kap. 2.92.8 dargelegt, hat sich im Rahmen der Ausführungsplanung gezeigt, dass die elektrischen Phasenlagen der zuführenden Leitungen Bl. 4583 und Bl. 4584 vor der UA Merzen verändert werden müssen. Durch die Änderung ergeben sie keine Änderungen der Immissionsschutzbewertung der Urplanung, da es keine maßgeblichen Immissionsorte in der Nähe gibt. Durch die Phasenlageänderung müssen die Maste geringfügig erhöht werden (Mast 305 +3 m, Mast 1000 + 6 m über EOK). Die Erhöhung der Maste besitzt keinen Einfluss auf die durchgeführte Berechnung des Ersatzgeldes für Eingriffe in das Landschaftsbild (Anlage 12.1.1, Kap. 9.3.6).

Durch die Änderung entstehen keine relevanten anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gem. des UVPG.

6 Literaturverzeichnis

- [1] Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Mai 2021 (BGBl. I S. 1122) geändert worden ist.
- [2] Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie* (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG).
- [3] Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Bekanntmachung vom 28.06.2007 zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147) m.W.v. 15.09.2021.
- [4] Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist.
- [5] Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540).